



**BREMERHAVEN
MEER ERLEBEN!**

**SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR ARBEIT, SOZIALES,
SENIORINNEN UND SENIOREN, MIGRANTINNEN UND
MIGRANTEN UND MENSCHEN MIT BEHINDERUNG
07.09.2023**

**2. ZWISCHENBERICHT § 8 III BREM BGG - BARRIEREFREIHEIT
LARS MÜLLER**



**SEESTADT
BREMERHAVEN**

Teilhabeplan 22 Lebensbereiche	AVIB	Corona Steuerungskreis SGB IX	§ 8 III BremBGG Immobilien Katatster	Behindertensportfest 1000 Mitwirkende
Örtliche Fürsorgestelle	IFD Beauftragung Controlling	Lotsin für MmB	Mittw. BremBGG Rili BTHG LBauO	Vorstand Landesteilhabebeirat
Barrierefreies Bauen Stellungnahmen	Barrierefreies Bauen Beratung Planung Vorträge	INSPO	Mind. 4 Schulungen SGB IX und auf Anfrage	Inklusionsbeirat
Jury Sitzungen bspw: Schule / Kaje	Netzwerk Inklusives Bremerhaven GF Steuerungsrunde	Dienstbegleitende Unterweisungen Azubi - Magistrat	Behindertenbeauftragter / Projekte	AG R-Wohnungen
BEM + Prävention Schulung und Beratung	Beteiligung Zukunftswerkstatt Kommunen	Projektbeirat IFD	Koordinierungsausschuss IFD	Jugendamt AG SGB VIII
Netzwerk mit schwedischem Verband,	Budget für Arbeit	Niedersachscamp Tourismus, sonst. Vorträge barrierefrei	Weihnachtsmarkt	Maritime Tage / 200 Jahre Bremerhaven
Sail Orga Komitee	Radtour für alle	Barrierefreie Innenstadt für Alle	Amtsleiterrunde Bau	Demokratie Leben Projekt Beirat
Special Olympics Planung Host Town	AG Wohnen Leben Quartier	Lange Nacht der Kultur	Begleitung Neubauten	Begleitung Anmietungen

§ 8 III BremBGG bestimmt, dass ein Verwaltungshandeln zu erfolgen hat.

- **Berichte über den Stand der Barrierefreiheit** der im **Eigentum** oder im Gebrauch befindlichen **Bestandsgebäude**.
- Nach Wortlaut : verbindliche und überprüfbare **Maßnahmen- und Zeitpläne zum weiteren Abbau der Barrieren**
- **Frist 01. Januar 2023 (Corona SarS Covid 19)**

Weiterer Hinweis:

§ 8 IV BremBGG : **Verpflichtung bei Anmietung (Barrierefrei Anmieten).**

Tatsächlicher Start mit 2 neu geschaffenen Stellen (1,8 Stellenanteil besetzt) 03/2022 (Corona bedingte Ausfälle)

56 begangene Objekte Stand 08.02.2023

109 begangene Objekte Stand 01.09.2023 (von etwa 157 Einrichtungen) → 2/3

Alle Städtischen Einrichtungen (§§ 2,8 BremBGG)

- Schulen
- Kita
- Stadthäuser
- Bürgerbüro
- Ausgelagerte Stellen
- Polizeiwachen (Geestemünde – in Planung)
- EBB
- VHS
- Turnhalle / Sporthallen / Sportanlage
- KBR
- ...

§ 2

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für die Träger öffentlicher Gewalt. Träger öffentlicher Gewalt im Sinne dieses Gesetzes sind die Behörden der Freien Hansestadt Bremen, der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie die weiteren landesunmittelbaren und kommunalen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Beliehene und sonstige Landesorgane sind Träger öffentlicher Gewalt, soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen.

(2) Bei der Ausübung der Gesellschafterrechte in privatrechtlich organisierten Unternehmen, auf die der Träger öffentlicher Gewalt aufgrund Eigentum, finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, mittelbar oder unmittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, wirken die auf Veranlassung dieser Träger entsandten Mitglieder der Aufsichtsorgane der Unternehmen bei ihrer Tätigkeit daraufhin, dass die Ziele dieses Gesetzes angemessen berücksichtigt werden.

§ 50 BremLBauO

(2) Bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, müssen in den dem allgemeinen Besucher- und Benutzerverkehr dienenden Teilen barrierefrei sein. Diese Anforderungen gelten insbesondere für ...

Was ist notwendig, um diese Aufgabe zu erledigen?

1. **Zustandsanalyse** an Hand der DIN 18040 I
 - Aller gem. BremBGG zu erfassenden Gebäude / Liegenschaften / etc
 - Objektauflistung
 - Mittels einer Checkliste / Schematische Erfassung
 - Erstellen eines Katalogs / Systematische Darstellung der Problempunkte
2. **Lösungsanalyse / Lösungsfindung** : Welche Maßnahmen im konkreten Einzelfall sind mit welcher Zeitschiene umzusetzen? Bearbeitung Einzelfallprobleme (Bestandsprobleme). Abweichung Standard / nicht Standard
3. **Kostenanalyse**
4. **Barrierenabbau → Prioritätenanalyse / Reihenfolge / Zeitplan**
5. **Fortlaufende Ergebnispräsentation-Darstellung** Transparenz während der ganzen Phase der Erledigung – dauerhafte Begleitung – Möglicherw. begleitende Erledigung, Koordinierung mit anderen Vorhaben.

**Problem :
Bestand**

Aufgrund der wechselnden Struktur und sich verändernden Räumlichkeiten und Standorte wird dieses Thema eine dauerhafte Aufgabe werden oder ist es schon.

Auszug aus der DIN 18040 I

Die Norm gilt für **Neubauten**. Sie sollte **sinngemäß** für die Planung von Umbauten oder Modernisierungen angewendet werden. Die mit den Anforderungen nach dieser Norm verfolgten **Schutzziele** können auch auf andere Weise als in der Norm festgelegt erfüllt werden.

ANMERKUNG In der Regel nennen die einzelnen Abschnitte zunächst jeweils zu erreichende Schutzziele als Voraussetzung für die Barrierefreiheit. Danach wird aufgezeigt, wie das Schutzziel erreicht werden kann, gegebenenfalls differenziert nach den unterschiedlichen Bedürfnissen verschiedener Personengruppen. Alle Maße sind Fertigmaße. **Abweichungen in der Ausführung können nur toleriert werden, soweit die in der Norm bezweckte Funktion erreicht wird.**

Fachkunde ist beim Amt für Menschen mit Behinderung



Richtlinie

Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude

der Freien Hansestadt Bremen
und der Stadtgemeinden Bremen
und Bremerhaven

4. Ergänzende Anforderungen an die bauliche Barrierefreiheit nach § 8 BremBGG
Die in § 8 BremBGG geregelten Anforderungen an die bauliche Barrierefreiheit sind als „Lex
specialis“ für Bauvorhaben im Eigentum der Träger öffentlicher Gewalt anzusehen.
Wesentliches Regelungsziel des BremBBG-18 ist, eine möglichst „umfassende
Barrierefreiheit“ sowohl für den Neubau als auch schrittweise für den vorhandenen Bestand
zu erreichen. Damit geht das BremBGG zumindest teilweise über die Anforderungen der
BremLBO hinaus.

3. Bestandsaufnahme und Entwicklung von Konzepten nach § 8 Abs. 3 BremBGG

Über den Stand der Barrierefreiheit öffentlicher Bestandsgebäude sind bis zum 01.01.2023 Berichte zu erstellen. Auf der Grundlage dieser Berichte sollen verbindliche und überprüfbare Maßnahmen- und Zeitpläne zum weiteren Abbau von Barrieren erarbeitet werden.

Anzustreben ist eine vollständige Barrierefreiheit der Bestandsgebäude.

Sollte dies aufgrund baulicher Gegebenheiten nicht und / oder nur mit einem hierfür notwendigen unverhältnismäßigen Aufwand möglich sein, sollen die Zeit- und Maßnahmenpläne den Abbau von Barrieren in einem Umfang vorsehen, der in Kombination mit organisatorischen Maßnahmen die Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der dem Nutzungszweck des jeweiligen Gebäudes entsprechenden Gebäudeteile für behinderte Menschen sicherstellt.

Sofern auch dies nicht möglich ist, ist zu prüfen, ob das Gebäude mittelfristig aufgegeben und durch ein barrierefreies Gebäude ersetzt werden kann.

Abweichungen von den Anforderungen an die vollständige Barrierefreiheit sind in dem jeweiligen Maßnahmen- und Zeitplan darzustellen und zu begründen. Er enthält auch Aussagen zu der Perspektive der Gebäudenutzung, sofern auch eine teilweise Barrierefreiheit nicht hergestellt werden kann, die behinderten Menschen die Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und die zweckentsprechende Nutzbarkeit des Gebäudes gewährleistet.

6. Durchführung des bauaufsichtlichen Verfahrens

Für öffentliche Gebäude wird im Regelfall ein umfangreiches Baugenehmigungsverfahren nach § 64 BremLBO durchgeführt.

Die Anforderungen an die Durchführung des bauaufsichtlichen Verfahrens ergeben sich aus den Vorschriften des §§ 68, 69 BremLBO.

Die zuständigen Fachbehörde bzw. der öffentliche Baudienststelle ist verpflichtet, den behördlichen Abstimmungsprozess frühzeitig hinsichtlich der einzelfallbezogenen Anforderungen an die Barrierefreiheit der betroffenen baulichen Anlage nach dem BremBGG und den Planungs- und Ausführungsprozesse nach der Richtlinie für die Durchführung von Bauaufgaben des Landes Bremen (RLBau) vor Einleitung des bauaufsichtlichen Verfahrens möglichst einvernehmlich und aktenkundig mit der für die Belange für Menschen mit Behinderungen zuständigen Stelle⁴ abzustimmen, damit eine spätere Nachbesserung der nach § 8 Absatz 2 BremBauVorV erforderlichen Bauvorlagen entbehrlich wird. Unterschiedliche Auffassungen sind zu dokumentieren.

⁴ Für die Stadtgemeinde Bremen werden diese Aufgaben durch das Büro des Landesbehindertenbeauftragten, für die Stadtgemeinde Bremerhaven durch das Amt für Menschen mit Behinderung wahrgenommen.

Eine weitere Neuerung



- inoffizieller Text - maßgeblich ist der im GMBI bekanntgemachte ASR V3a.2

Ausgabe: August 2011
zuletzt geändert GMBI 2022, S. 240

Technische Regeln für Arbeitsstätten	Barrierefreie Gestaltung von Arbeitsstätten	ASR V3a.2
--------------------------------------	---	-----------

Die Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR) geben den Stand der Technik, Arbeitsmedizin und Hygiene sowie sonstige gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse für die Sicherheit und Gesundheit beim Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten wieder.

Sie werden vom

Ausschuss für Arbeitsstätten

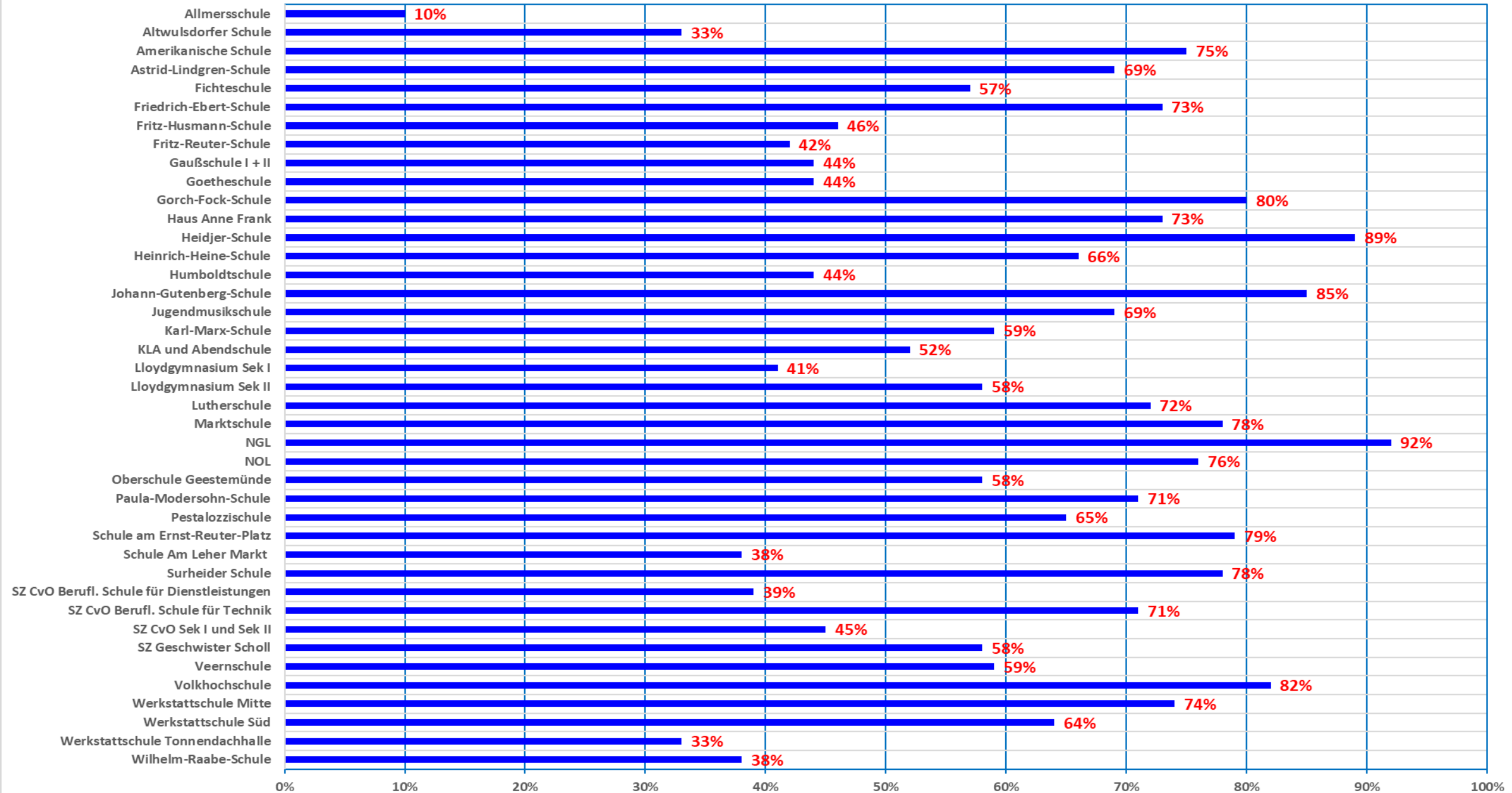
ermittelt bzw. angepasst und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Gemeinsamen Ministerialblatt bekannt gemacht.

Diese ASR V3a.2 konkretisiert im Rahmen ihres Anwendungsbereichs Anforderungen der Verordnung über Arbeitsstätten. Bei Einhaltung dieser Technischen Regel kann der Arbeitgeber davon ausgehen, dass die entsprechenden Anforderungen der Verordnung erfüllt sind. Wählt der Arbeitgeber eine andere Lösung, muss er damit mindestens die gleiche Sicherheit und den gleichen Schutz der Gesundheit für die Beschäftigten erreichen.

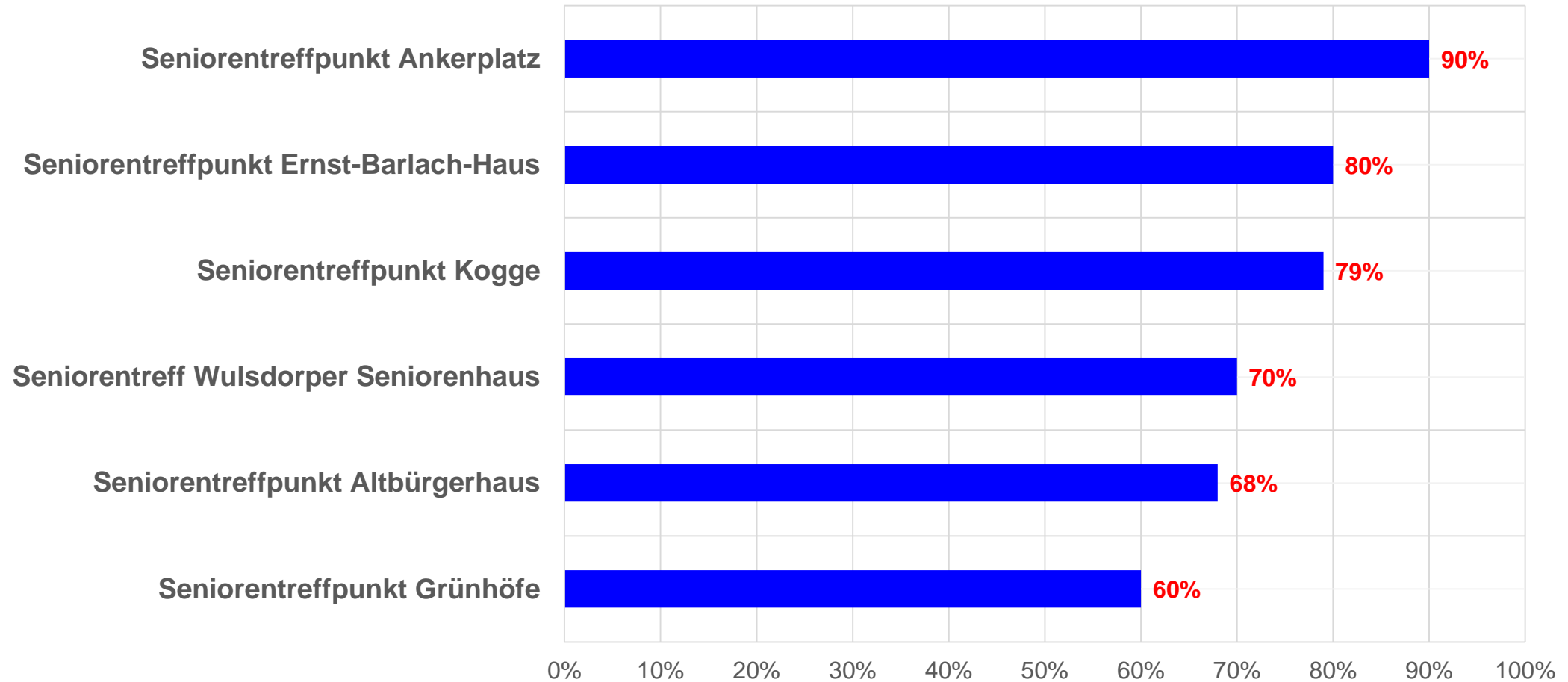
1 Zielstellung
Diese ASR konkretisiert die Anforderungen gemäß § 3a Abs. 2 der Arbeitsstättenverordnung. Danach hat der Arbeitgeber Arbeitsstätten so einzurichten und zu betreiben, dass die besonderen Belange der dort beschäftigten Menschen mit Behinderungen im Hinblick auf die Sicherheit und den Gesundheitsschutz berücksichtigt werden.

Normativer Verweis	Anforderungen für öffentliche Gebäude nach § 8 BremBGG	Verweise zur MVVTB und Bremer Richtlinien	Bemerkungen
DIN 18040-1:2010-10 4.1	Infrastruktur und Bewegungsflächen		
	Taktilen und kontrastreiches Leitsystem von öffentlicher Verkehrsfläche bis zum Ort der zweckmäßigen Nutzung im Gebäude	s. hierzu Teil C Allg. Anforderungen an die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude der Richtlinie Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude	
DIN 18040-1:2010-10 4.1 Bild 2	Bewegungsfläche bei Begegnung zweier Rollstuhlnutzer 180 x 180 cm		
DIN 18040-1:2010-10 4.1 Bild 1	Bewegungsfläche bei Begegnung eines Rollstuhlnutzers und einer gehenden Person 150 x 150 cm		
	Bewegungsfläche für Richtungswechsel und Rangiervorgänge 150 x 150 cm		
	Breite 120 cm bei geringer Länge und ohne Richtungsänderung/ Begegnung		
	Breite 90 cm bei Türöffnung und Durchgängen		
	Keine Einschränkung der Bewegungsfläche durch hineinragende Elemente		
	Absicherung von Hindernissen in der Verkehrsfläche für blinde/ sehbehinderte Personen		
DIN 18040-1:2010-10 4.1 Bild 3	Abzusichernder Bereich von Bauteilen am Beispiel Treppen: lichte Treppendurchgangshöhe von 220 cm		
DIN 18040-1:2010-10 4.2	Äußere Erschließung/ Zugang zum Gebäude		
DIN 18040-1:2010-10 4.2.1	Gehwege und Verkehrsflächen	s. hierzu auch Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten	
	Wegbreite bis 15 m Länge mind. 150 cm		
	Begegnungsfläche nach 15 m Länge mind. 180 x 180 cm		
	Wegbreite bis 6 m Länge, ohne Richtungsänderung mind. 120 cm, mit Wendemöglichkeit am Anfang und Ende des Weges von mind. 150 x 150 cm		
	Feste und ebene Oberfläche		

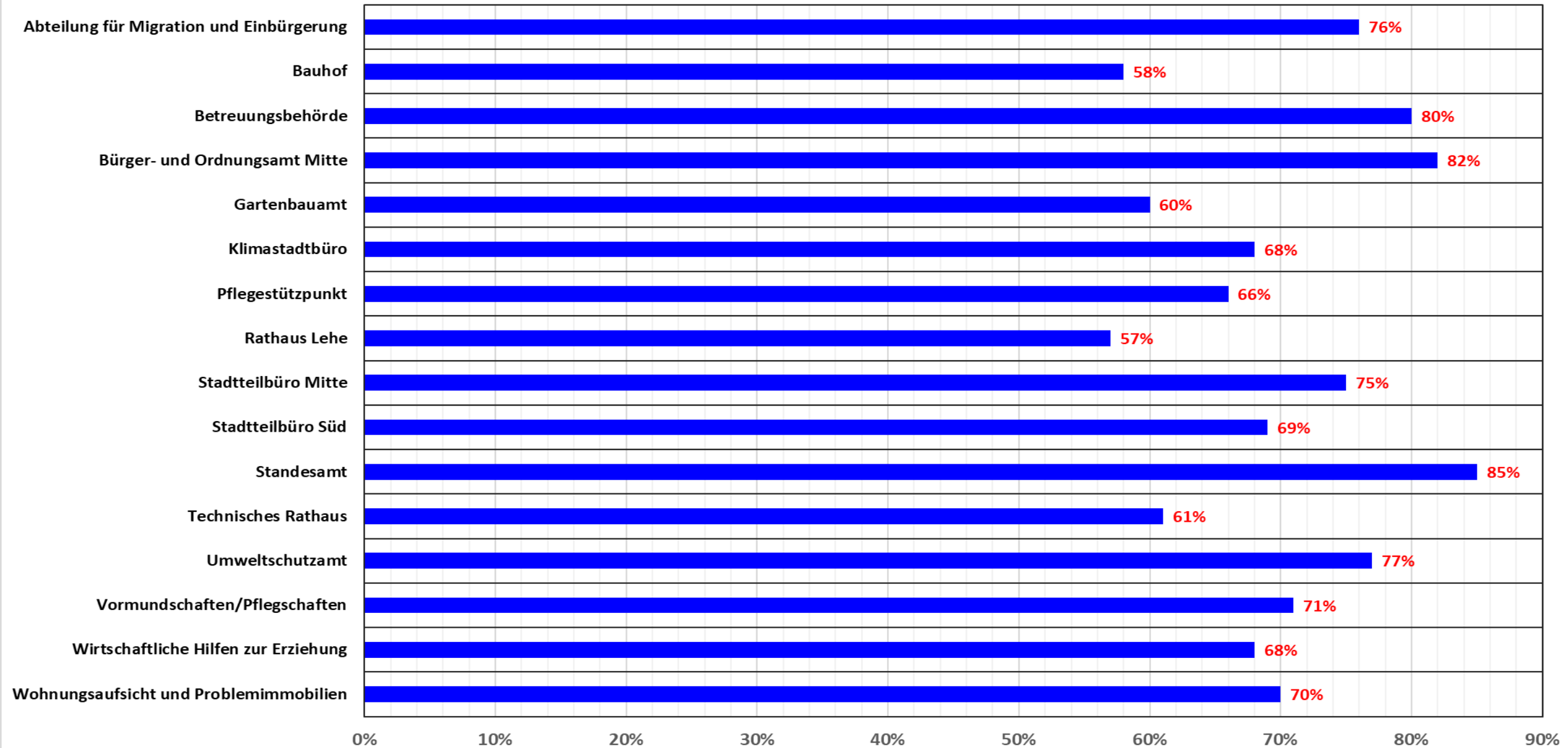
Prozentuale Barrierefreiheit Schulen



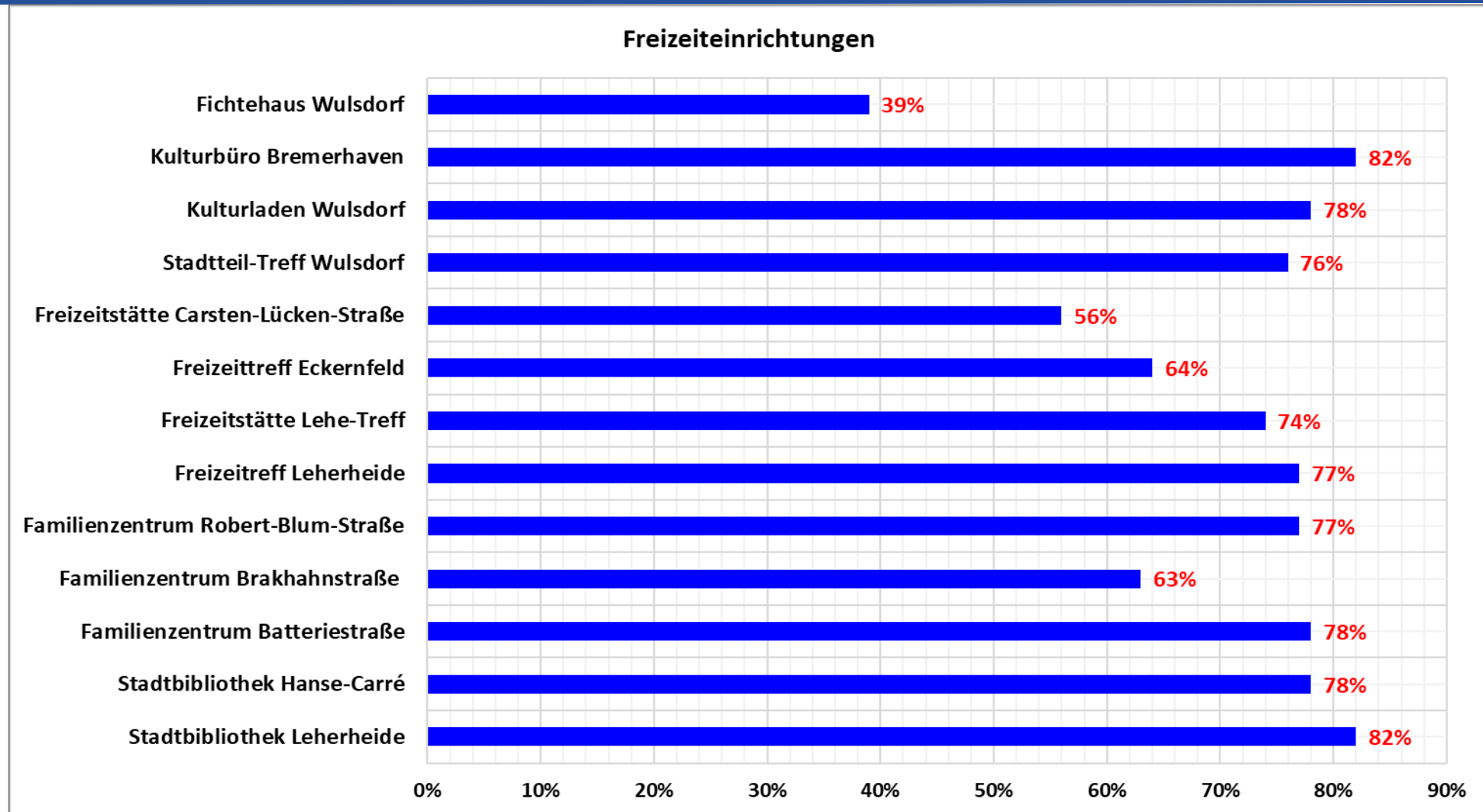
Prozentuale Barrierefreiheit Seniorentreffpunkte



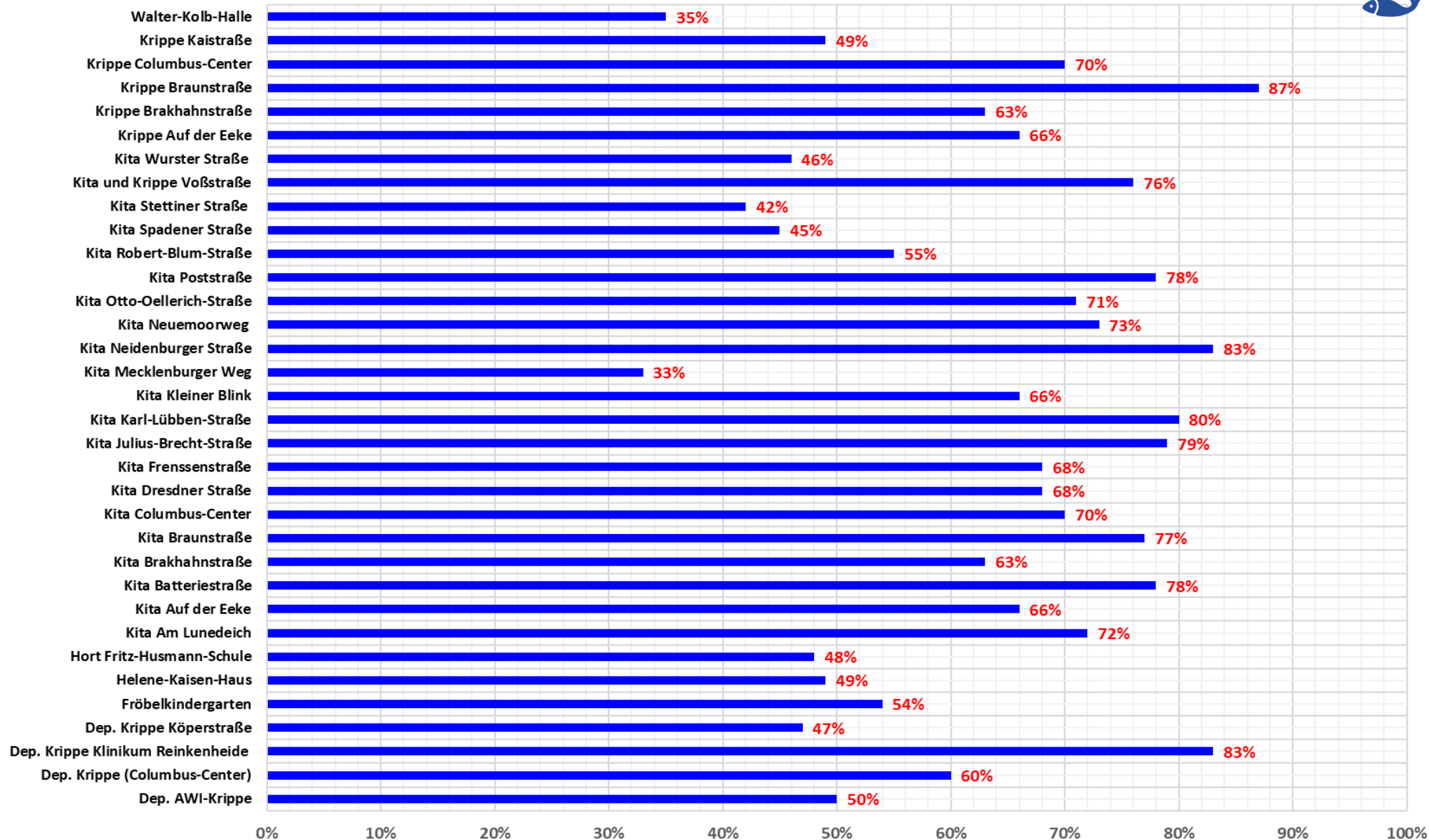
Prozentuale Barrierefreiheit Verwaltungsgebäude



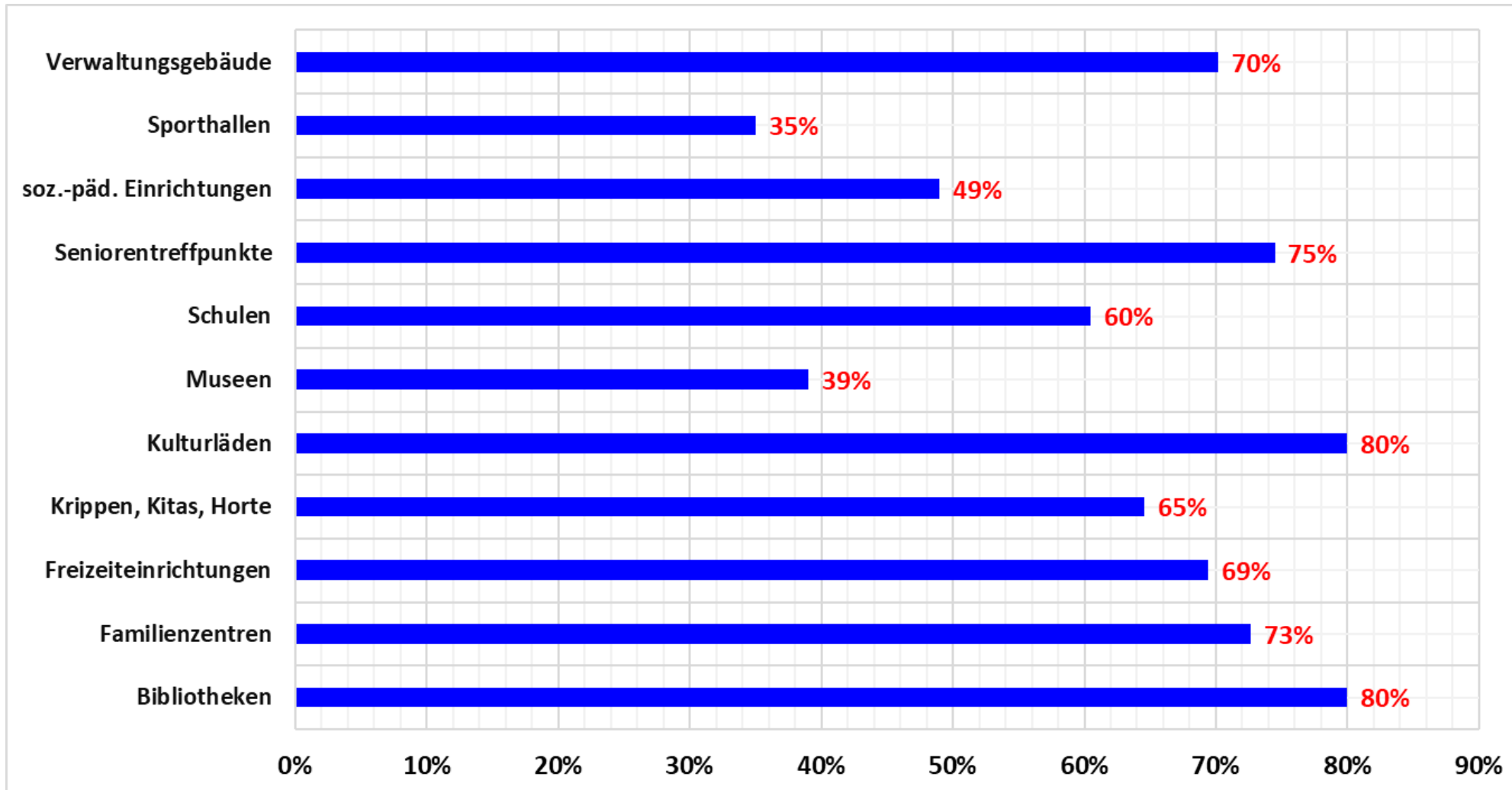
Prozentuale Barrierefreiheit Freizeiteinrichtungen



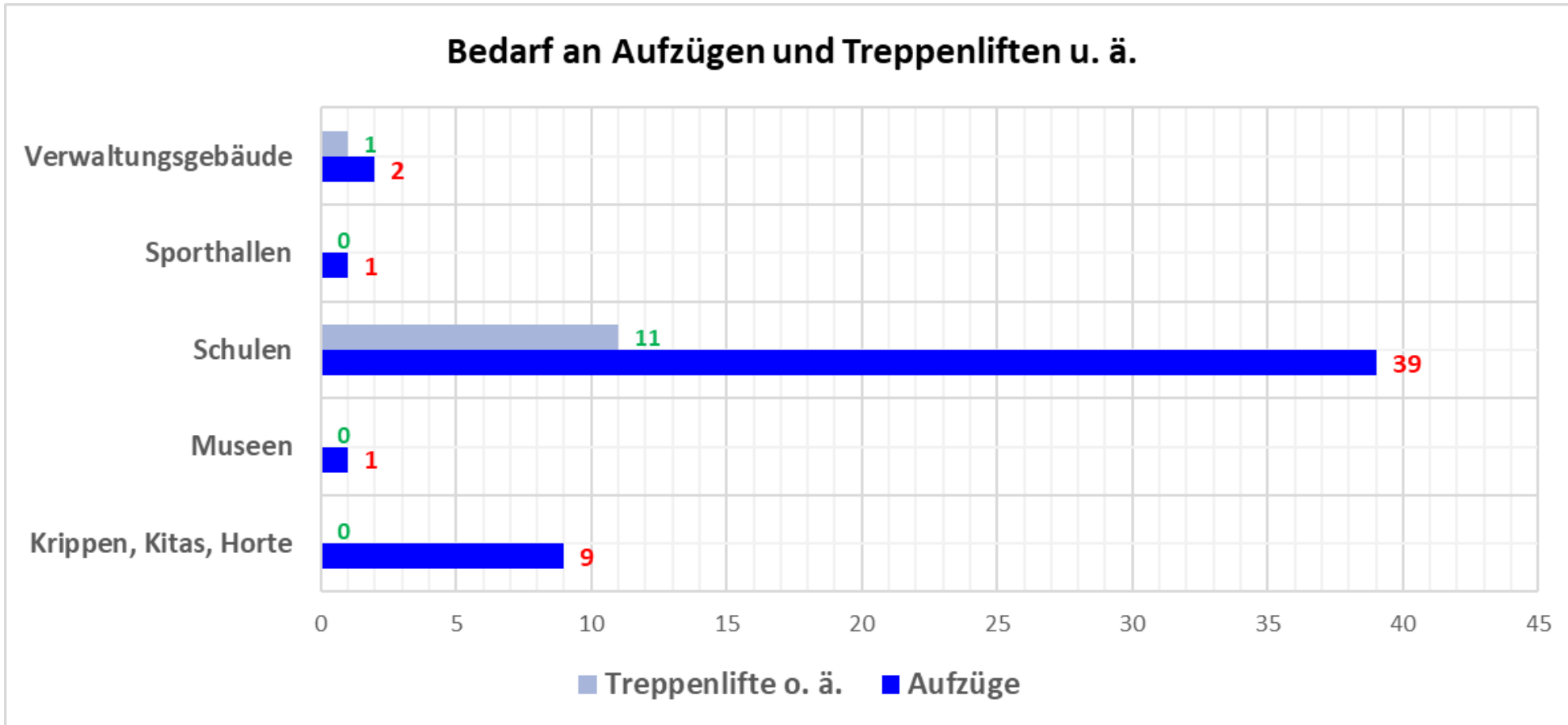
Krippen, Kitas, Horte, Helene Kaisen, WKH



Mittelwerte der Barrierefreiheit



Bedarfe an Aufzügen



Begutachtung II



Anforderungen für öffentliche Gebäude nach § 8 BremBGG		Bemerkungen	ja	nein	n.v.
Ausstattungsmerkmale als Hindernisse Abschnitt 4.5.4					
167	Sollte Einwendung durch Inwendende Elemente (z. B. Ventile, Schalter, Feuerlöcher)		X		
168	Auswahl visueller Kontraste zur Gestaltung der Elemente		X		
169	Vermeidung des Elementes bis zum Ende		X		
170	Barrierefreiheit des Elements bis zum Ende		X		
171	+ Barrierefreiheit des Elements von max. 15 cm				X
172	+ Auslösung eines Signals mit mind. 3 cm Höhe				X
173	+ Auslösung eines Signals in max. 3 cm Höhe über dem Boden				X
Schalter, Kassen und Automaten Abschnitt 4.5					
174	Auslösung einer Glocke für motorisch/visuell unterscheidbare Personen				X
175	Ausgangsfelder vor Eingangsöffnungen				X
176	Barrierefreiheit der Türen (max. B x T x H mind. 90 x 85 x 87 cm)				X
177	Reduzierung der Bewegungsfläche vor der Türöffnung auf T x B mind. 200 x 100 cm, wenn Breite der Türöffnung der Türöffnung mind. 150 cm beträgt				X
178	Die der barrierefreien Türöffnung mind. 80 cm				X
179	Die von der barrierefreien Türöffnung mind. 80 cm				X
180	Bewegungsfelder vor Wasserläufen				X
181	Erklärung der nach vorne hin liegenden Wasserläufe mit geeigneter Wegführung und Gegenmaßnahmen				X
182	Vermeidung von Hindernissen				X
183	Vermeidung von Hindernissen				X

Anforderungen für öffentliche Gebäude nach § 8 BremBGG		Bemerkungen	ja	nein	n.v.
Barrierefreie Rettungsmöglichkeiten, Alarmierung und Evakuierung (die in Abschnitt 4.4 und 4.7 genannten Schutzzeile, Hinweise und Beschilderung berücksichtigt werden und können im Einzelfall weiterhin hinzugefügt werden. In diesen Punkten Angaben sind unter Berücksichtigung der in § 35 der Bremerischen Landesbauordnung zusätzliche bauliche Maßnahmen für die Befähigung von Menschen mit Behinderungen im Hinblick auf den Notfall, sowie die Angabe von Teilen davon von diesen Personengruppen überlebenswichtig bezogen auf den Rettungsangriff der Behörde, gesetzt werden. Andernfalls gelten bauliche Maßnahmen, die die Rettung erleichtern in die Absicht).					
184	Bereitstellung von sicheren Bereichen für den Zusammenbruchfall mit einer Evakuierungsfähigkeit		X		
185	Vermeidung von Hindernissen		X		
186	Vermeidung von Hindernissen		X		
Räumlichkeiten					
Veranstaltungsraum Abschnitt 5.2					
Mindestens 1 v. H. mindestens jedoch ein pro der Besucherplatz in Versammlungsraum mit festen Bodenbelag müssen Abschnitt 5.2.1 entsprechen, so können auf die nach § 21 der Bremerischen Landesbauordnung LV in § 10 Absatz 7 der Muster-Versammlungsraumverordnung erforderlichen Plätze für Rollstuhlfahrer angerechnet werden.					
187	Ausgewiesene Plätze für Rollstuhlfahrer mit Signalfunktion				X
188	Standfläche mit rollstuhlgerechter Anfahrhöhe (B x T mind. 90 x 120 cm, Höhe der anfahrhöhe rollstuhlgerechter Anfahrhöhe mind. 100 cm)				X
189	Standfläche mit rollstuhlgerechter Anfahrhöhe (B x T mind. 90 x 120 cm, Höhe der anfahrhöhe rollstuhlgerechter Anfahrhöhe mind. 100 cm)				X
190	Standfläche mit rollstuhlgerechter Anfahrhöhe (B x T mind. 90 x 120 cm, Höhe der anfahrhöhe rollstuhlgerechter Anfahrhöhe mind. 100 cm)				X
191	Standfläche mit rollstuhlgerechter Anfahrhöhe (B x T mind. 90 x 120 cm, Höhe der anfahrhöhe rollstuhlgerechter Anfahrhöhe mind. 100 cm)				X
192	Standfläche mit rollstuhlgerechter Anfahrhöhe (B x T mind. 90 x 120 cm, Höhe der anfahrhöhe rollstuhlgerechter Anfahrhöhe mind. 100 cm)				X
193	Standfläche mit rollstuhlgerechter Anfahrhöhe (B x T mind. 90 x 120 cm, Höhe der anfahrhöhe rollstuhlgerechter Anfahrhöhe mind. 100 cm)				X
194	Standfläche mit rollstuhlgerechter Anfahrhöhe (B x T mind. 90 x 120 cm, Höhe der anfahrhöhe rollstuhlgerechter Anfahrhöhe mind. 100 cm)				X

Anforderungen für öffentliche Gebäude nach § 8 BremBGG		Bemerkungen	ja	nein	n.v.
Saalsräume					
Mindestens ein "Saalraum" (1) Saalraum muss Abschnitt 5.3.3 entsprechen, Abschnitt 5.3.3 Satz 1 ist nicht anzuwenden. Es stellt sich ein öffentlich zugänglicher Saalraum über mehr als zwei Geschosse bei der Anzahl der Treibstufen an den Treibstufen an zu erhöhen und gleichzeitig vertikal anzuordnen, mindestens in einer ein Treibstufenraum anzuordnen. Saalräume Treibstufen sind in der Regel geschlossenen Räumen zu sein und können zu einem Saalraum gehören und dem jeweiligen Personennetz gem. der z. B. Norm L 5. Versuchen mit Kindern oder mit Gepäck genutzt werden.					
Allgemeine Anforderungen Abschnitt 5.3.1					
195	Mindestens ein Treibstufenraum für Menschen mit Behinderung für vorhanden		X		
196	Treibstufenabgang nach außen		X		
197	Tür mit rollstuhlgerechter Anfahrhöhe		X		
198	Temperaturbegrenzung nach außen		X		
199	Vermeidung von Hindernissen		X		
200	Vermeidung von Hindernissen		X		
WC-Bereiche Abschnitt 5.3.2 bis 5.3.9					
201	Bewegungsfelder vor WC-Bereichen mind. 150 x 150 cm				X
202	Bewegungsfelder vor WC-Bereichen B x T mind. 90 x 120 cm				X
203	Wasserpfanne mit rollstuhlgerechter Anfahrhöhe				X
204	WC-Bereichen mind. 100 x 100 cm				X
205	WC-Bereichen mind. 100 x 100 cm				X
206	WC-Bereichen mind. 100 x 100 cm				X

Anforderungen für öffentliche Gebäude nach § 8 BremBGG		Bemerkungen	ja	nein	n.v.
207	Deckung des WC-Bereiches mit WC-Bereichen		X		
208	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
209	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
210	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
211	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
212	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
Waschbecken Abschnitt 5.3.2 und 5.3.9					
213	Bewegungsfelder vor Waschbecken mind. 150 x 150 cm		X		
214	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
215	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
216	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
217	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
218	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
219	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
220	WC-Bereichen mit WC-Bereichen		X		
Liegen Abschnitt 5.3.6, 5.4					
221	Erweiterung Mindestens in einem WC eines öffentlichen Gebäudes eine entsprechende Liege vorhanden				X
222	Liege Länge (L x B x H) 180 x 60 x 45 - 48 cm				X
223	Bewegungsfelder vor Liegen				X

Anforderungen für öffentliche Gebäude nach § 8 BremBGG		Bemerkungen	ja	nein	n.v.
Nichtanlagen Abschnitt 5.3.7					
224	Nichtanlagen (z. B. Kasse, Schalter, etc.)		X		
225	Nichtanlagen (z. B. Kasse, Schalter, etc.)		X		
226	Nichtanlagen (z. B. Kasse, Schalter, etc.)		X		
227	Nichtanlagen (z. B. Kasse, Schalter, etc.)		X		
Umkleidenische Abschnitt 5.3.6, 5.4					
228	Umkleidenische vorhanden				X
229	Umkleidenische vorhanden				X
230	Umkleidenische vorhanden				X
231	Umkleidenische vorhanden				X
Warmen / Orientieren / Informieren / Leiten					
Die in Abschnitt 4.4 und 4.7 genannten Schutzzeile, Hinweise und Beschilderung sind in einem Einzelfall weiterhin hinzugefügt werden.					
Informationen für die Gebäudenutzung - allgemein					
232	Vermeidung von Hindernissen		X		
233	Vermeidung von Hindernissen		X		
234	Vermeidung von Hindernissen		X		
235	Vermeidung von Hindernissen		X		
236	Vermeidung von Hindernissen		X		
Gesamt			145	49	42
Barrierefreiheit prozentual			75%		

Anforderungen für öffentliche Gebäude nach § 8 BremBGG		Bemerkungen	ja	nein	n.v.
Weitere Bemerkungen					
Keine Halteplätze für den Transport der Rollstuhlfahrer, die mindestens 10 Minuten an dem Halteplatz für Gebäude und mind. 20 cm über dem Boden, jedoch nicht mehr als 10 cm über dem Boden, vorhanden sind. (siehe Bild 1 und 2, auch und diese zu sehen). In Planung, befindet sich nur im Hauptgebäude.					

Bilder zur Begehung Amt 40 KLA am 10.01.2023

Die Bilder stehen im Zusammenhang mit der Checkliste nach DIN 18040-1.

Bild 1-4:

Der Haupteingang und die Nebeneingänge sind für Personen mit Rollator oder Rollstuhl schlecht zu erreichen und nur eingeschränkt zu nutzen. Es fehlen Treppengeländer und die Rampe zum Haupteingang entspricht auch nicht der DIN 18040. Der Taster der Automatiktür zum Gebäude E ist defekt.



Bild 5 u. 6:

An einigen Türen gibt es Drehknäufe. Für behinderte Personen ist es sehr schwer diese zu öffnen.

Die Raumbeschilderung ist für Personen im Rollstuhl zu hoch angebracht und somit für diese Personengruppe nicht lesbar.



Bilder zur Begehung Amt 40 KLA am 10.01.2023

Die Bilder stehen im Zusammenhang mit der Checkliste nach DIN 18040-1.

Bild 7:

An einigen Treppen gibt es keine Weiterführung der Handlaufenden bzw. nur 1 oder keinen Handlauf. Auch hier besteht erhöhte Unfallgefahr.



Bild 10:

Die Sicherheitsmarkierungen an vielen Türen sind nicht ausreichend. Hier können sich sehbehinderte Personen verletzen.



Bild 11 u. 12:

Es gibt vielen Schwellen im Gebäude. Personen mit Rollator oder Rollstuhl haben hier Probleme



Bild 8 u. 9:

Die Rampen zwischen den Gebäuden sind mit 20 % viel zu steil. Auch fehlt der 2. Handlauf und der Radabweiser.



Bilder zur Begehung Amt 40 KLA am 10.01.2023

Die Bilder stehen im Zusammenhang mit der Checkliste nach DIN 18040-1.

Bild Nr. 13:

Die Raumbeschilderung ist zu hoch angebracht. Personen im Rollstuhl können diese so schlecht lesen.



Bild Nr. 16 u. 17:

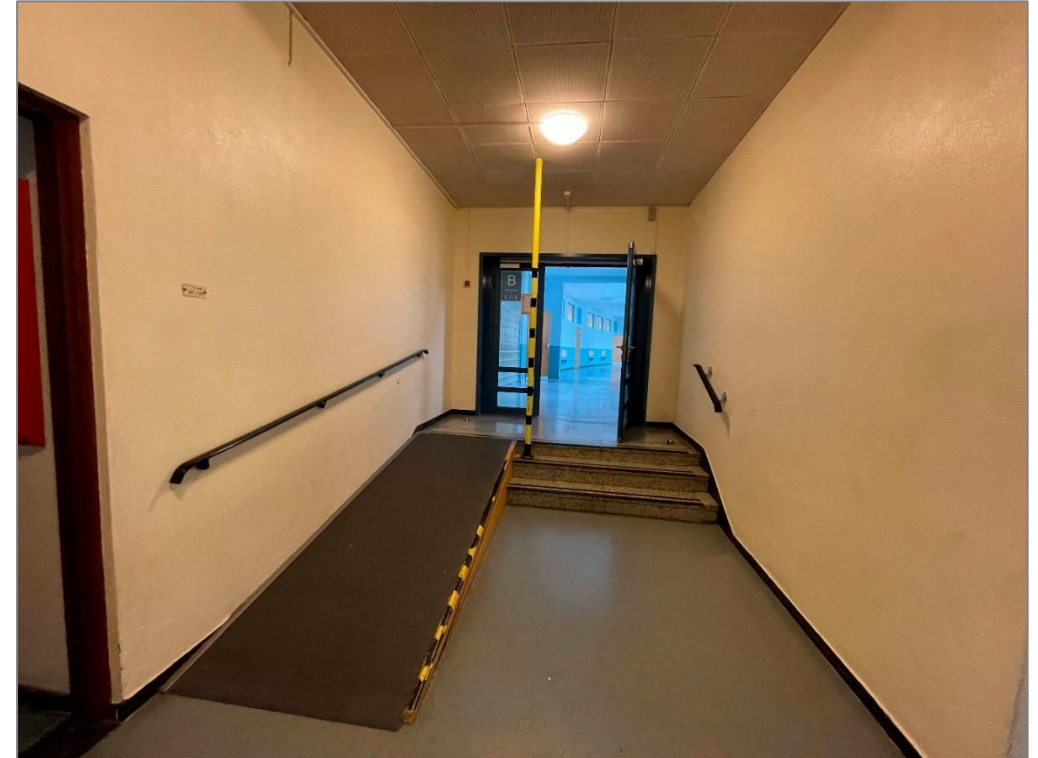
Das Waschbecken im BH WC ist mit 87 cm zu hoch. Personen im Rollstuhl haben hier Schwierigkeiten. Das WC hat keine Rückenstütze.



Siehe Bild Nr. 14 u 15:

Der Fahrstuhl ist von 1959 und erfüllt nicht die aktuelle DIN. Er ist nur mit einem Schlüssel zu öffnen. Personen im Rollstuhl kommen nicht an das zu hoch hängende Bedientableau.







Weitere Schritte:

- Kosten sind im einvernehmen mit Seestadt Immobilien mangels Personal derzeit nicht ermittelbar.
- Bau- Umweltausschuss und Immobilienausschuss ? Weitere Berichterstattung?
- Planung weitere Bestandsaufnahme!
- Planung / Vorbereitung Stellenerhalt und Stellenausbau zur weiteren Umsetzung des gesetzlichen Auftrags und Folgeverpflichtungen.
- Bei Stellenerhalt wird auch das erworbene Fachwissen und Verständnis für die Belange der Menschen mit Behinderung erhalten und gesichert und angewendet und die Rili. sowie das BremBGG würden vertieft und besser umgesetzt werden können.
- Dieses Fachwissen wird auch bei der Gestaltung eines durch § 164 IV Nr. 4 SGB IX gesicherten und einklagbaren Anspruch auf die behinderungsgerechte Einrichtung und Unterhaltung einer Arbeitsstätte (inkl. Arbeitsorganisation, Arbeitsumfeld, ...) unterstützen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

**Das Amt für Menschen mit Behinderung :
Ein Team aus insgesamt 8 Kolleg:innen 6,5 Stellen**

Lars Müller
Amtsleiter | Kommunaler Behindertenbeauftragter
Fachplaner für barrierefreies Bauen (EIPOS)
Magistrat der Stadt Bremerhaven
Amt für Menschen mit Behinderung
- Örtliche Fürsorgestelle -
2. Obergeschoss, Zimmer 2.44
Barkhausenstrasse 22
27568 Bremerhaven
Telefon: 0471 590-2454
E-Mail: Lars.Mueller@magistrat.bremerhaven.de
Internet: www.bremerhaven.de

